

**Antrag 52/II/2024****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens, SPDqueer (Konsens)****Keine Queerfeindlichen Organisationen an Schulen – für einen Zertifikatsprozess externer Anbieter\*innen**

1 Wir fordern von der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordne-  
2 tenhaus und den SPD-Mitgliedern des Berliner Senats die  
3 Einführung eines Zertifikatsprozesses für alle externe An-  
4 bieter\*innen im schulischen Bereich, welche z.B. im Rah-  
5 men von Workshops, Unterrichtsbesuchen und Projektta-  
6 gen in die Vermittlung von Lerninhalten an Schulen ein-  
7 gebunden werden. Im Rahmen dieses Zertifikatsprozesses  
8 soll sowohl eine Prüfung der Lehrinhalte als auch eine all-  
9 gemeine Prüfung der Träger stattfinden, um zu versichern,  
10 dass diese dem Lehrplan, sowie dem Grundgesetz, dem  
11 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem Antidiskri-  
12 minierungsgesetz sowie weiteren relevanten Verträgen,  
13 Gesetzeslagen und Vorgaben entsprechen.

14  
15 Die Kosten für den Zertifikatsprozess sollen durch die po-  
16 tentiellen Anbieter\*innen selbst getragen werden. Staat-  
17 liche bzw. landeseigene und staatlich geförderte Einrich-  
18 tungen, Verbände und Vereine, wie bspw. die Landesstel-  
19 le gegen Antidiskriminierung, Maneo, L-Support usw. sind  
20 dabei von der Zertifizierungspflicht auszunehmen.

21  
22 Darüber hinaus fordern wir die Einbringung einer Bundes-  
23 ratsinitiative, die bundeseinheitliche Standards und die  
24 Einführung eines Zertifikatsprozesses festschreibt, um die  
25 Durchsetzung der Gesetzgebung zum Diskriminierungs-  
26 schutz überall in Deutschland sicherzustellen. Die Berliner  
27 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefor-  
28 dert, den Erfolg dieser Initiative tatkräftig zu unterstüt-  
29 zen.

**31 Begründung**

32 Immer wieder kommt es an Schulen zur Hinzuziehung  
33 bzw. Vermittlung von Lehrinhalten durch externe Träger.  
34 Dabei werden auch Träger in Schulen eingeladen, die ge-  
35 wissen Grundsätzen der Gleichbehandlung und Gleich-  
36 berechtigung in ihrer sonstigen Außendarstellung nicht  
37 entsprechen, so z.B. in der Sexualaufklärung. Der Verein  
38 "Teenstar Deutschland", ein christlicher Sexualpädagogik-  
39 Verein, und dessen Einladung an Schulen stand Mitte des  
40 Jahres in der Kritik, weil er in Deutschland Kurse zur Se-  
41 xualaufklärung für Kinder und Jugendliche, "Jungen und  
42 Mädchen", in Schulen anbietet, obwohl er mit queerfeind-  
43 lichen Aussagen gegen bestehende Richtlinien verstößt.  
44 So wurde bereits 2018 Homosexualität in Unterlagen des  
45 Vereins als "therapierbar" deklariert und Masturbation  
46 als "Leiden" dargestellt. In einer Broschüre des Vereins  
47 mit dem Titel "Be a star of love and life", die auch 2024  
48 noch erhältlich ist, geht es in einem Kapitel um das The-

49 ma Homosexualität und darum, dass “Mann und Frau”  
50 aufgrund der “Anatomie der Geschlechtsorgane” zusam-  
51 menpassen würden wie “Schloss und Schlüssel”. Dies gel-  
52 te nicht für gleichgeschlechtliche Partner\*innen, zudem  
53 würden gleichgeschlechtliche Empfindungen laut Aussa-  
54 ge des Vereins ohnehin bei der Mehrheit vorbeigehen, die  
55 Kinder und Jugendlichen sollten sich folglich “nicht dar-  
56 auf festlegen oder meinen, man sei jetzt schwul oder les-  
57 bisch”. Dass derartige Vorstellungen längst wissenschaft-  
58 lich und gesellschaftlich überholt sind, ist Fakt. Dass ent-  
59 sprechende Vereine die Möglichkeit bekommen, ideolo-  
60 gisch gefärbte Vorstellungen u.a. von Sexualität in Schu-  
61 len vorzutragen ist gefährlich und kann für Kinder und Ju-  
62 gendliche gravierende und weitreichende Folgen haben,  
63 z.B. was die individuelle und (diskriminierungs-)freie Ent-  
64 wicklung angeht. Es braucht darum unbedingt Regelun-  
65 gen, die den Einsatz externer Anbieter\*innen stärker re-  
66 gulieren.